

Die rheinische Frage.

Das Zentrum gegen die Rheinische Republik.

Die rheinische Zentrumspartei erläßt folgenden von ihrem Beirat einstimmig beschlossenen Aufruf:

Seit dem Abschluß des Krieges ist in den Rheinlanden die Frage der Errichtung einer westdeutschen Republik lebhaft erörtert worden. Auch jetzt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ruht sie nicht. Die Zentrumspartei verkennt das Berechtigte an diesen Bestrebungen keineswegs und ist fest entschlossen, dem bei der Neugestaltung der Verfassung und beim Neubau des Reiches Rechnung zu tragen. Im gegenwärtigen Augenblick aber muß vor jedweden Schritten zur staatlichen Verselbständigung der Rheinlande ohne Fühlung mit der rheinischen Parteileitung mit größtem Nachdruck gewarnt werden. Ein solches Vorgehen würde jeder Parteidisziplin widersprechen; die Partei selbst spalten und ihren Bestand gefährden; es wäre auch außerordentlich verhängnisvoll für die gesamte rheinische Bevölkerung und für das Reich. Ein solcher Schritt würde die ordnungsgemäße Verabschiedung der Verfassung, die unmittelbar bevorsteht, beeinträchtigen und damit insbesondere auch wichtige Kulturinteressen gefährden, die gerade die Befürworter der Rheinischen Republik von dieser erwarten. Zweifellos würde eine einseitige Proklamierung eines rheinischen Freistaates im gegenwärtigen Augenblick die Gefahr schwerster sozialer Unruhen, Streiks, ja sogar die Gefahr eines Bürgerkriegs hervorrufen. Die rheinische Bevölkerung könnte dadurch unter Umständen ein Eingreifen der Besetzungsmächte selbst verschulden. Wenn überhaupt den Rheinlanden durch die Errichtung eines selbständigen Freistaates Zugeständnisse oder Erleichterungen irgendwelcher Art verschafft werden könnten, geschähe das auf Kosten des übrigen Deutschlands und des Zusammenhangs der rheinischen Lande mit dem gesamten deutschen Vaterlande. Daß wir derartiges weit von uns weisen müssen, ist für jeden Deutschen ohne weiteres klar. Wir verkennen keineswegs die großen Schäden und Opfer, welche der rheinischen Bevölkerung, namentlich der landwirtschaftlichen, aus der Besetzung entstehen. Die Entschädigungspflicht ist vom Reiche sowohl wie von den Einzelstaaten anerkannt worden und wird und muß erfüllt werden. Die Abgeordneten der Zentrumspartei sind dafür eingetreten und werden es auch in der Folge mit allem Nachdruck tun. Angesichts dieser Lage bitten wir unsere rheinischen Parteifreunde nachdrücklichst, von einer weiteren Werbung für eine sofortige staatliche Verselbständigung der Rheinlande Abstand zu nehmen. Die entscheidende Stellungnahme zu dieser Frage muß der Gesamtpartei vorbehalten bleiben. Diese wird erfolgen auf dem für den 4. bis 6. August einberufenen rheinischen Parteitag. Parteifreunde! Folgt geschlossen dieser Parole. Wahrt die Einigkeit der Partei! Bedenkt den Ernst der Stunde und unsere Verantwortung für die Zukunft.

Köln, 28. Juni. 1919.

Der Beirat der Rheinischen Zentrumspartei.

Abgeordneter Geheimrat Karl Trimborn, Vorsitzender, Geh. Justizrat Dr. Karl Bachem, Biesenbach, Abgeordneter Blum, Landesökonomierat Bollig, Abgeordneter Dr. Brauns, Abgeordneter Geheimrat Oberlandesgerichtsrat Marx, Justizrat Mönning, Frau Schmitz-Mündt, Fräulein Abgeordnete Leusch, Fräulein Wiegand.

Dazu bemerkt die Kölnische Volkszeitung:

Wir glauben versichern zu können, daß innerhalb der rheinischen Zentrumspartei, besonders nicht in Köln, irgend jemand daran denkt, einen „Schritt zur staatlichen Verselbständigung der Rheinlande“ zu tun. Die Zeit ist verpaßt. Aber die Gestaltung des Rheinlandes werden jetzt andere Machthaber entscheiden.